STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 5 / Fachbereich 5 - Kinder, Jugend und Schule

Sitzungsvorlage

Datum: 08.05.2014

Drucksache Nr.: **14/0148**

Beratungsfolge

Rat

Sitzungstermin

25.06.2014

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und deren persönliche Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Sankt Augustin

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin wählt gemäß § 4 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG) folgende stimmberechtigte Mitglieder und persönliche Vertreter für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Sankt Augustin:

- 1.) Neun Mitglieder des Rates oder Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind:

	Mitglieder		persönliche Vertreter
1.		1.	
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.		5.	
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.		9.	

- 2.) Sechs Frauen und Männer, die von den im Bezirk des Jugendamtes (Fachbereich Kinder, Jugend und Schule) wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen wurden:

	Mitglieder		persönliche Vertreter
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	
14.		14.	
15.		15.	

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der Kommunalwahl vom 25.05.2014 sind auch die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses neu zu wählen.

Nach § 4 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG) werden die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaft von dieser gewählt. Sie üben ihre Tätigkeit bis zum Zusammentreten des neu gewählten Jugendhilfeausschusses aus.

Gemäß § 71 Abs. 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) i.V.m. §§ 4 und 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Sankt Augustin gehören dem Jugendhilfeausschuss 15 stimmberechtigte und 12 beratende Mitglieder an.

Die 15 **stimmberechtigten** Mitglieder setzen sich zusammen aus:

- neun Mitgliedern des Rates oder Frauen und Männern, die in der Jugendhilfe erfahren sind;
- sechs Frauen und Männer, die von den im Bezirk des Jugendamtes (Fachbereich Kinder, Jugend und Schule) wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen wurden.

Die 12 **beratenden** Mitglieder sind:

- die Bürgermeisterin/der Bürgermeister bzw. in ihrer/seiner Vertretung die/der für die Jugendhilfe zuständige Dezernentin/Dezernent;
- die Leiterin/der Leiter des Fachbereiches Kinder, Jugend und Schule bzw. deren/dessen Vertretung;
- eine Richterin/ein Richter des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ein Jugendrichter, die/der von der Präsidentin/dem Präsidenten des Landgerichtes Bonn bestellt wird;
- eine Vertreterin/ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, die/der von der/dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bonn bestellt wird;
- eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulen, die/der von der Bezirksregierung bestellt wird,
- eine Vertreterin/ein Vertreter der Polizei, die/der vom Landrat des Rhein-Sieg-Kreises bestellt wird;
- **je** eine Vertretung der **katholischen Kirche** und **evangelischen Kirche**, die von der zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt wird;

- eine Vertreterin/ein Vertreter des Stadtjugendringes e.V., die/der von diesem bestellt wird;
- eine Vertreterin/ein Vertreter des Integrationsrates, die/der von diesem bestellt wird;
- eine Vertreterin/ein Vertreter der Sportjugend im Stadtsportverband Sankt Augustin, die/der vom Stadtsportverband bestellt wird;
- eine Vertreterin/ein Vertreter des Jugendstadtrates in der Stadt Sankt Augustin, die/der von diesem bestellt wird;

Die entsprechenden Stellen wurden angeschrieben und um Benennung gebeten. Eine Übersicht der bisher benannten beratenden Mitglieder ist beigefügt.

Nach § 4 Abs. 2-4 AG-KJHG und § 4 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Sankt Augustin sind die stimmberechtigten Mitglieder und deren persönliche Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter vom Rat zu wählen. Für das Wahlverfahren gelten gemäß § 3 Abs. 1 AG-KJHG die Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW). § 50 Abs. 3 GO NW regelt, dass sich die Ratsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag einigen können. In diesem Fall ist der einstimmige Beschluss des Rates über die Annahme dieses Wahlvorschlages ausreichend. Kommt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zustande, so wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt.

Aufgrund des Wahlergebnisses ergibt sich für die neun Ausschusssitze von Mitgliedern des Rates oder von ihr gewählter Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind, folgende Verteilung:

CDU-Fraktion	4 Sitze
SPD-Fraktion	3 Sitze
Grüne	1 Sitz
FDP-Fraktion	1 Sitz

Die Fraktionen haben dem Fachbereich Kinder, Jugend und Schule bisher keine Personen zur Wahl vorgeschlagen.

Die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe wurden durch Anschreiben vom 24.04.2014 an die Dachverbände sowie durch amtliche Bekanntmachung im Extra-Blatt am 07.05.2014 aufgerufen, entsprechende Wahlvorschläge für die Besetzung der Sitze im Jugendhilfeausschuss einzureichen.

Gem. § 4 Abs.4 AG-KJHG haben die im Bereich des öffentliche Trägers wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe mindesten die doppelte Anzahl der insgesamt auf sie entfallenden Mitglieder und deren Stellvertreter/innen vorzuschlagen.

Tatsächlich wurden jedoch nur folgende **Mitglieder/Vertreter der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände** vorgeschlagen:

	Mitglied		Vertreterin/Vertreter
Caritasverband Rhein-Sieg e. V.	Regina Wollschläger	Caritasverband Rhein-Sieg e.V.	Dr. Werner Christmann
DPWV	Sybille Friedhofen	DPWV	Peter Friedhofen

Weitere Bewerbungen erfolgten nicht.

Sollten bis zum Sitzungstermin weitere Vorschläge eingehen, werden diese in der Sitzung bekanntgegeben.

In Vertretung

Marcus Lübken
Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.